

Beschlußempfehlung

Ausschuß
für Bau- und Wohnungswesen

Hannover, den 15. 12. 1982

Betr.: Durch Rechtsverordnung der Landesregierung festgelegte Erhöhung der Zinsen für öffentliche Baudarlehen und damit verbundene Mieterhöhungen bzw. zusätzliche Belastungen für Eigenheimbesitzer

Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/130

Berichterstatter: Abg. Menges (CDU)

Der Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Entschließung

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der haushaltsmäßigen Möglichkeiten

1. die bisherige Härteausgleichsregelung für die ab 1969 geförderten Mietwohnungen fortzusetzen und
2. die vor 1969 geförderten Mietwohnungen in die Härteausgleichsregelung einzubeziehen.“

Kuhlmann

Vorsitzender

(Ausgegeben am 22. 12. 1982)